Stadtratsfraktion Starnberg FDP

FDP Stadtratsfraktion Starnberg

An den Stadtrat der Stadt Starnberg

FDP-Stadtratsfraktion Starnberg: Dringlichkeitsantrag Transparente und fraktionsübergreifende Beteiligung an den Gesprächen zur Seeanbindung

Starnberg, 28. Juni 2026

ANKE HENNIGER
Co-Ortsvorsitzende
Stadträtin
Sprecherin der FDP-Fraktion
Mitglied im Bauausschuss

anke.henniger@fdp-starnberg.de
mobil: 0163 735 5006

STEFAN W. ZEIL
Co-Ortsvorsitzender
Stadtrat
Mitglied im Haupt- und Finanzausschuss

fdp@stefanwzeil.de
mobil: 0176 2359 8469

FDP Ortsverband Starnberg
Liberale Politik seit 1950
www.fdp-starnberg.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

die FDP Stadtratsfraktion beantragt zur Stadtratssitzung am 29. Juni 2026:

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat beschließt:

1. Bei allen Gesprächen, Verhandlungen und Gesprächsrunden der Stadt Starnberg mit der Deutschen Bahn, dem Bund, dem Freistaat Bayern sowie weiteren Projektbeteiligten zur Seeanbindung ist jede im Stadtrat vertretene Fraktion berechtigt, eine Vertreterin oder einen Vertreter zu entsenden.
2. Die Termine sind den Fraktionen rechtzeitig bekannt zu geben, sodass eine Teilnahme gewährleistet werden kann.
3. Über den Inhalt und die Ergebnisse der Gespräche ist der Stadtrat zeitnah zu unterrichten.

Begründung

Die Seeanbindung ist das bedeutendste Infrastruktur- und Stadtentwicklungsprojekt der Stadt Starnberg. Die nun angekündigten Gespräche mit der Deutschen Bahn, dem Bund und dem Freistaat Bayern betreffen wesentliche Fragen der Finanzierung, der weiteren Planung sowie der zukünftigen Realisierung des Projekts.

Nach den öffentlichen Ankündigungen soll am 10. August 2026 ein Runder Tisch mit Vertretern der Deutschen Bahn, des Bundes, des Freistaates Bayern sowie der Stadt Starnberg stattfinden. Bisher sollen von Seiten der Stadt lediglich Mitglieder eines früheren Verhandlungsteams beteiligt werden.

Die Seeanbindung ist aber eine Angelegenheit des gesamten Stadtrates. Der Stadtrat entscheidet über die wesentlichen Grundsatzfragen des Projekts und trägt die politische Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern.

Bereits in der Stadtratssitzung vom 25. Juli 2016 stellte Stadtragsmitglied Stefan Frey – heute Landrat des Landkreises Starnberg – den Antrag:

> *„Jede Fraktion ist an den Gesprächen mit der Bahn durch einen Vertreter / Vertreterin zu beteiligen; die Termine sind rechtzeitig mit den Fraktionen abzustimmen."*

Dieser Antrag bringt einen Grundsatz zum Ausdruck, der heute aktueller denn je ist: Große Zukunftsprojekte können nur erfolgreich sein, wenn alle demokratisch legitimierten Fraktionen frühzeitig informiert und in die Gespräche eingebunden werden.

Bereits im Jahr 2011 erklärte der damalige Erste Bürgermeister Ferdinand Pfaffinger gegenüber dem Starnberger Merkur unter der Überschrift „Das zwiespältige Verhältnis zur Bahn", die Verhandlungsergebnisse mit der Bahn künftig „soweit wie möglich veröffentlichen" zu wollen. Ziel war es, mehr Transparenz gegenüber Stadtrat und Öffentlichkeit zu schaffen.

Gerade angesichts der inzwischen grundlegend veränderten Rahmenbedingungen – insbesondere der offenen Finanzierungsfragen – ist eine breite politische Einbindung aller Fraktionen wichtiger denn je. Transparenz stärkt die Akzeptanz der Entscheidungen und verbessert die gemeinsame Position der Stadt gegenüber Bund, Freistaat und Deutscher Bahn.

Die FDP-Stadtratsfraktion ist überzeugt, dass die Einbindung aller Fraktionen die Verhandlungsposition der Stadt stärkt und dem gemeinsamen Ziel dient, die Seeanbindung endlich voranzubringen.

Begründung der Dringlichkeit

Der Runde Tisch zur Seeanbindung soll bereits am 10. August 2026 stattfinden. Über die Zusammensetzung der städtischen Delegation muss daher in der Stadtratssitzung am 29. Juni 2026 entschieden werden. Eine Behandlung des Antrags erst in einer späteren Stadtratssitzung würde dazu führen, dass die Gespräche bereits ohne die Beteiligung aller Fraktionen stattfinden. Der Stadtrat könnte seine Mitwirkungsrechte dann nicht mehr wirksam wahrnehmen. Die Voraussetzungen für die Behandlung als Dringlichkeitsantrag sind daher gegeben.